

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstblatt: Tageblatt Riesa.  
Bezugs-Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,  
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststelle: Leipzig 21266.  
Gürtelstrasse Riesa Nr. 52.

Nr. 284.

Montag, 6. Dezember 1920, abends.

73. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zusatzgebühr, für die Nummer des Ausgabetages sind bis 8 Uhr vormittags aufzugeben und im vorau zu bezahlen; eine Gewähr für das Ereignis an bestimmten Tagen und Wöchen wird nicht übernommen. Preis für die 48 am zweite, 1 mm hohe Brustschild (7 Silber) 10 Mark, Druckspeis 1.— Mark; Zeitraumender und tabellarisches Schild 10% Aufschlag. Nachmittags- und Sonntagsgebühr 30 Pf. pro Seite extra. Gewöhnlicher Rabatt trifft, wenn der Betrag verfüllt durch Miete eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Nachträge und Eröffnungen: Riesa. Verschiedene Intergaltsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Bedingungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Förderungsanstaltungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Absetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktion: Arthur Höhne, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhne, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Mäuse- und Almosenenche ist aufgebrochen unter dem Viehbestande des Steinholz-Kniffs in Poppitz. Auf die amtliche Bekanntmachung wegen des Ausbruchs der Seuche in Poppitz wird hingewiesen.

Großenhain, am 4. Dezember 1920.

2679 A.E.L. Die Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 592 des Handelsregisters ist heute die Firma Otto Schuemann in Riesa und als deren Inhaber der Bandagist Friederich Albin Peter in Riesa eingetragen worden. Angegebener Geschäftsanweis: Handel mit Bandagen, Handschuhen und Wäsche.

Amtshauptmannschaft Riesa, den 3. Dezember 1920.

Unter Nr. 16 des Vereinsregisters ist heute der Siedlungsverein der Kriegsbeschädigten und -Gefreiteten in Gröba in Gröba eingetragen worden.

Amtsgericht Riesa, den 3. Dezember 1920.

## Die argentinische Abordnung der Völkerbundsgesandten zurückgetreten.

Aus Genf wird gemeldet: Der Führer der argentinischen Delegation Puentredon richtete einen Brief an Herrn Domanski, Präsidenten der Völkerbundversammlung, in dem es heißt:

Ohne Umhause war unser Land bereit, an den Arbeiten des Völkerbundes mitzuarbeiten mit der Begeisterung und dem Interesse, das man empfindet, wenn man für das gemeinsame Wohl zu arbeiten glaubt. Deshalb bereitete eine Reihe von Vorschlägen vor, die in den vor der Versammlung vertretenen Erklärungen vom 17. November dargelegt wurden und die gleichzeitigen Abänderungen des Paktes waren.

Folgendes sind die Vorschläge: Zulassung aller souveränen Staaten, Zulassung der kleinen Staaten ohne Stimmrecht, Bildung eines Rates durch demokratische Wahl, obligatorische Schiedsgerichte und obligatorische Gerichtshof.

Die Völker werden den Völkerbund nach seinen Werken beurteilen und nur so an ihn glauben, und nur in einer Atmosphäre des Vertrauens der öffentlichen Meinung kann der Völkerbund leben.

Die Mitglieder dieser Versammlung werden in einigen Tagen auseinandergehen, ohne an die großen Verfassungsfragen herangetreten zu sein, die gerade der öffentlichen Meinung die besten Garantien für die Weisheit und die Organisationskraft des Bundes gegeben haben.

Wir hätten uns der Verhandlung jeder Frage von sekundärer Bedeutung angeschlossen, aber wir können es nicht, wenn es sich um wesentliche Vorschläge handelt, welche die vom Völker ausgehenden Missionen höchst vervollständigen und stärken können. Der Hauptzweck unserer Regierung, als sie in diese Versammlung eine Abordnung sandte, war der, durch Abänderungsanträge an einer Verfassung mitzuwirken, in der die Realisierung der Ideale und Grundätze zu finden hoffte, die Argentinien stets auf internationalem Gebiet verjagt hat und von denen es nicht abweichen kann. Nachdem diese Aufgabe durch die Verhandlung der Abänderungsanträge hauptsächlich geworden ist, muss die argentinische Abordnung ihre Mitarbeit einstellen. Infolgedessen habe ich in Übereinstimmung mit den Wünschen meiner Regierung die Ehre, dem Präsidenten und durch ihn den ehrenwerten Versammlung mitzuteilen, dass die argentinischen Delegierten ihre Mission als beendet betrachten.

Die "Liberte" meldet aus Genf: Die Vertreter der meisten Südamerikanischen Republiken auf der Völkerbundversammlung drücken auf Beifall ihr Bedauern aus, dass die argentinische Delegation es nicht für nötig gehalten hat, von ihrer Abreise die Delegierten der andern Republiken zu verständigen.

## Die Ergebnisse der Londoner Konferenz.

Amtlich wird aus London unter dem 4. verlautbart, dass die Konferenz der alliierten Premierminister beendet ist. Die erörterten Fragen umfassen die Handelsbezüge zwischen Großbritannien und den vorstehenden Konferenzionen in Brüssel und die finanziellen Maßnahmen, die im Falle einer Rückkehr Konstantin auf den Thron zu treffen sind. Leopold und Sjora reisen wieder ab.

Aus Paris wird gemeldet: Das Ergebnis der Londoner Konferenz ist folgendes: 1. Der Beschluss des finanziellen Bonfonds Griechenlands für den Fall, dass Konstantin den Thron bestiegt. 2. Griechen wird den Griechen wieder abgenommen, um unter französischer Oberhoheit zurückzuführen, allerdings unter alliierter Kontrolle. 3. Bezuglich der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland hält das offizielle Frankreich neben dem militärischen Projekt Englands an seiner obliegenden Haltung fest, wird aber dem Privatverein mit Russland seine Hintergründe in den Weg legen. 4. Bezuglich der Wiederaufnahme der französischen Frage wird eine Niederabstimmung zwischen den Alliierten. Am 13. Dezember werden die Delegierten der einzelnen Staaten bestimmt, die am 15. Dezember in Brüssel zu einer Konferenz zusammenkommen werden. Griechen wurde auch das Problem Palästina besprochen. Nach vier Tagen soll eine weitere Konferenz in Paris oder London stattfinden. In Paris wird erklärt, dass die Londoner Konferenz einen diplomatischen Sieg Frankreich darstelle.

Nach einer Meldung des "Matin" soll Ministerpräsident Lebragues erklärt haben, Frankreich verlangt von Deutschland nichts Unmögliches, aber Deutschland müsste im ersten Jahre einen bedeutenden Teil seiner Wiedergutmachungsschuld begleichen, die Frankreich für das Erste Weltkrieg vorgeschoßen habe. Es handelt sich um 16 Milliarden Francen. Wenn es das tut, werde es Frankreich zu Entgegenkommen sowohl hinsichtlich der Frucht als auch der Bevölkerung bereit sein. Wenn Frankreich aber aus bösen Willen steht, dann werde es über die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, beraten. Der Sonderberichterstatter des "Matin" erklärt, Lloyd George und Bonar Law hätten dem zugestimmt.

## Weiteres Vordringen der Bolschewisten.

Der "Liberte" wird aus Konstantinopel gemeldet: Nach Meldungen aus zuverlässiger Quelle haben die bolschewistischen Truppen die nordöstliche Grenze Armeniens passiert und das Sowjetregime in Teheran proklamiert.

Überholt haben sie den Armeniern ein Ultimatum gestellt, in welchem sie die Rückführung Armeniens und der Stadt Karabach verlangen.

## Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Zahl der unterfliehenden Gewerbeslosen am 15. November 1920. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterfliehenden Gewerbeslosen im gleichen während der ersten Novemberhälfte weiter zurückgegangen. Berichtsfahrt wird dieser Rückgang vor allem durch die allgemeine Geschäftsbewegung, auf die das am sich bedauerliche Sinken unserer Salutia nicht ohne Einfluss gewesen ist. Am 15. November betrug die Gesamtzahl der unterfliehenden Gewerbeslosen 249 243. Sie hat sich gegenüber dem Stande von 1. November um 11 826 und zwar 7087 männliche und 4789 weibliche Gewerbeslose verringert. Die Zahl der Familienangehörigen, die Rückflugsänger wurden, ist von 245 828 auf 234 373 herabgegangen. Demgegenüber ist der Aufwand an Erwerbslosenunterstützung in der Zeit vom 1. bis 15. November von 40 888 848 Mark auf 43 355 436 Mark gesunken, nachdem am 1. November die Auszahlung der Winterhilflosen begonnen hat.

Annahme der Mittellandkanalvorlage. In der preußischen Landesversammlung wurde am Sonnabend der Entwurf, betreffend die Vollendung des Mittellandkanals und der durch sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen, in zweiter und anschließend in dritter Verhandlung einstimmig angenommen. Der Ausschuss hat sich für die sogenannte Mittellinie entschieden. Das Projekt erfordert insgesamt einen Betrag von 306 040 000 M.

Nächster Schritt der Direktoren der Großen Berliner Straßenbahn von ihrem Polen. Wie die "S. S. am Mittwoch" erfuhr, haben Generaldirektor Buschow sowie die Direktoren Maner, Dr. Ulrich und Hagemann von der Großen Berliner Straßenbahn um ihre Entlassung gebeten, da es ihnen nicht mehr möglich sei, ihr Amt mit der erforderlichen Arbeitsfreudigkeit und Autorität zu verwalten. Der Wechsel ist zunächst auf den Wunsch des Vertriebsrats der Gesellschaft und auf die durch die Stadtverordneten an der Direktion gelebte Kritik im Stadtparlament.

Das Ergebnis der Verhandlungen über die Bischabfleisungen. Wie W. T. B. erfährt, sind nach langen schwierigen Verhandlungen Freitag die Pariser Verhandlungen der deutschen Kommission mit der Reparationskommission über die Bischabfleisungen zum Abschluss gekommen. In der gesetzigen Volkszählung wurde einstimmig eine Vereinbarung angenommen, nach der Deutschland die von den Ententestaaten geforderten 1 740 000 Stück Geflügel, 27 165 Blegen und 15 250 Schweine nach den Bestimmungen des Friedensvertrages liefern, und im übrigen innerhalb 6 Monaten liefern: 30 000 Pferde, 125 000 Schafe, 60 000 Stiere, 125 000 Schafe, 125 000 tragende Kühe und Ferkeln. An Pferden hatte die Entente insgesamt rund 150 000, an Kindern über 888 000, davon 840 000 Milchkühe und tragende Kühe und an Schafen insgesamt rund 900 000 gefordert. Für die Sicherung des verbleibenden Rechtes wird vor Ablauf der sechzehnmonatigen Frist eine neue Festsetzung im Einverständnis mit der deutschen Regierung gemacht werden.

Die Abstimmung in Oberschlesien. Die Note der alliierten Regierungen wegen der Abstimmung in Oberschlesien ist Sonnabend im Schoe der Reichsregierung erörtert worden. Dabei ergab sich eine einmütige Auffassung. Die endgültige Stellungnahme der Regierung wird erst erfolgen, nachdem der Dienstag früh einberufene Ausschuss für außwärtige Angelegenheiten gehörte worden ist.

Der deutsche Botschafter in Rom von Berenberg-Gohrs war am Freitag und Sonnabend in Berlin anwesend, um mit dem Reichskommissar des Auswärtigen und den beteiligten Referenten des Auswärtigen Amtes einige schwierige Fragen zu besprechen. Der Botschafter fehlt morgen nach Rom zurück.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß in Swinemünde. Am frühen Morgen kam es am Sonntag im Stadtviertel am Autopark in Swinemünde zu einem schweren Feuergefecht zwischen Angehörigen der polnischen Küstenwehrabteilung. Die Soldaten gaben sich in der Dunkelheit von Polnischen überfallen und beschossen sich gegenseitig. Dabei wurde der Batterieführer Oberleutnant Gągulin, der als Unterbefehlshaber die Straße postierte, durch Schüsse und Sätze lebensgefährlich verletzt. Zwei weitere Soldaten wurden durch Bomben und Granaten tödlich verwundet. Der Kommandeur hat eine Untersuchung eingeleitet.

Das neue Strafgesetzbuch. Nach einer Mitteilung der deutschen Strafrechtszeitung wird der Entwurf für das neue Strafgesetzbuch noch in diesem Monat veröffentlicht werden. Der Entwurf hat keinen amtlichen Charakter, sondern soll nur als Grundlage der Erörterung in der Öffentlichkeit dienen.

Das Ende der linken U.S.P. Die linke U.S.P. wurde Ende voriger Woche in Berlin zu Grabe getragen und es ging dabei, wie es sich bei einer Beerdigung gehörte, bei gedämpftem Trommelfeuer. Herr Levi von den Nationalsozialisten wurde in einer großen Proklamation mit vielen volks- und weltwirtschaftlichen Einzelheiten nachgewiesen, dass jede Hoffnung auf Amerika und England vergeblich sei, und allein von Russland uns das Heil kommen könne. Und Herr Däumig zog aus dem Gedenk breiter Schichten des Mittelstandes und der Arbeiterschaft frohe

Hoffnungen für eine proletarische "Aktion" in Deutschland. Interessanter und wichtiger als die mehr oder weniger schönen Reden der Parteihäuptlinge war der nüchterne Geschäftsbericht Stöckers, der nicht die besten Aussichten für die neue kommunistische Einheitspartei eröffnet. Nach seinen Angaben war nur im Hamburger Bezirk, in Württemberg, in der Gegend um Halle und in Schlesien ein leidlich vollständiger Übergang der U.S.P.-Anhänger zu den Neukommunisten zu verzeichnen. In fast allen anderen Gebieten findet der Parteiklapparatur, die Parteipresse und die Mitglieder den "Schergen des Kapitals", den Breitseite und Lebedow treu geblieben. Am gestrigen Sonntag befasste sich der Parteitag mit der Agrarfrage. Das Agrarprogramm des Parteitags wurde von den Versammelten angenommen. Auf dem Parteitag sind vertreten 485 Delegierte, davon 349 aus der U.S.P.D. und 136 aus der R.P.D.

Republik Österreich.

Streiks in und um Wien. Von heute Montag ab werden neunzehn der mittleren Kategorien der Staatsbeamten, u. a. die Steuer- und Post-Beamten, Beamten der Kronenbäuerl u. s. w., im ganzen 25 000 Beamte, in den Streik treten, da die verlangte Belohnung ihrer Aufrüstungsverhältnisse abgeschlagen wurde.

Unterhören in Baden bei Wien. Raut Meldung einer Korrespondenz aus Baden bei Wien kam es am Sonnabend seitens der Arbeiterschaft, die für die seit einigen Tagen im Streik befindlichen Beamten der örtlichen Sparkasse einztrat, zu erheblichen Kundgebungen, in deren Verlauf in mehreren Hotels und Kasinohäusern Verstümmelungen angerichtet wurden. Die Menge machte auch klare, dass verschlossene Rathaus zu stürmen.

Italien.

Die Lage in Italien. "Meloggero" meldet aus Trieste vom 3. 12. das die Mitglieder der Regierung zwei Tage vorher in Abdruck der in den letzten Tagen in dem Gebiet der Regierungshäuser eingetretene Gewalttat ihren Rücktritt erklärt haben. — Nach der "Epocha" hat die Regierung von Trieste das Gebiet in der Richtung auf Calona erweitert, so dass nur noch die Inseln Veglia und Arza in Frage kommen. Der Hafen Baros, ein alter Befestigungsplatz von Trieste, soll diesem belassen werden.

Spanien.

Der Generalstreik nimmt allmählich schärfere Formen an. In Sevilla hat ein Bombenattentat stattgefunden, bei dem drei Personen verwundet wurden. In Madrid beschloss das sozialistische Komitee den Generalstreik zu erklären. Sämtliche Arbeiterorganisationen sollen aufgerufen werden, an einem festgelegten Tage den allgemeinen Generalstreik gleichzeitig zu erklären.

Griechenland.

Beibehaltung der Volksabstimmung. Ein Telegramm aus Athen meldet, dass die Regierung trotz der Note der alliierten Mächte die Beibehaltung der Volksabstimmung beschlossen habe.

England.

Das Handelsabkommen mit Russland. "Evening Standard" berichtet, dass die russische Regierung auf das nach Moskau übermittelte russisch-englische Handelsabkommen von der Sowjetregierung die Antwort erhalten, der Sowjetregierung sei der Abschluss dieses Handelsabkommen nicht erwünscht. Nach ihrer Ansicht liege die vorteilhafteste Politik für die Alliierten darin, alle Einführungskräfte aufzuhören und Privaten zu gestatten, mit Russland Handel zu treiben.

## Ostliches und Sächsisches.

Riesa, den 6. Dezember 1920.

\* Offizielle Sitzung des Stadtrates am Dienstag, den 7. Dezember 1920, nachmittags 5 Uhr. 1. Errichtung einer ständigen Lehrerstelle Okt. 1921 für die zu errichtende Mädchenfortbildungsschule. Berichterstatter: Herr Stadtr. Tröger. — 2. Erhöhung der Vergütung für die Einzelübernahme auf 10 Mark an die Lehrerstelle. Berichterstatter: Herr Stadtr. Tröger. — 3. Haushaltplan-Voranschlag für die Oberschule i. S. auf das Jahr 1920. Berichterstatter: Herr Stadtr. Reher. — 4. Haushaltplan-Voranschlag für das städtische Krankenhaus auf das Jahr 1920. Berichterstatter: Herr Stadtr. Sander. — 5. 4. Nachtrag zur Gemeindeverordnung, zw. 2. Nachtrag zur Schulsteuerverordnung. Berichterstatter: Herr Stadtr. Wende. — 6. 1. Nachträge zu den Entgelten, über die Wahlen der unbefoldeten Ratsmitglieder beginnend, der Stadtverordneten. Berichterstatter: Herr Stadtr. Wende. — 7. Erhöhung der Vergütung für Waichen und Ausbeutern der Wäsche an die Schulhausleute. — 8. Kreisverordnung für das Rittergut. — 9. Mitteilungen. — Nichtöffentliche Sitzung.

\* Günsiedebach. In der Nacht zum 4. d. M. sind aus einem Schrebergarten an der heiligen Georgstraße mittels Einbruch drei große weiße Schwanenkäse im Werte von etwa 700 Mark gestohlen worden. Die Tiere sind an Ort und Stelle abgeschlachtet worden. Die mit Vorhängen und Rosten abgeschlossenen gewesene Tür ist mittels eines 15 mm breiten Stahlseils gewaltsam erbrochen worden. Nach den zurückgelassenen Spuren kommen als Täter eine männliche und eine weibliche Person in Betracht. Die männliche Person hat mit Brocken beschlagene Giebel (Längslänge 27 cm) getragen, Schuhe mit Eisen, während die Frau unbeschlagene Schuhe mit Gummiabläufen.